

Die Initiativen ehemaliger Heimkinder

Regina Eppert

Zusammenfassung

Die Autorin gehört als Gründungsmitglied dem Verein ehemaliger Heimkinder e.V. an, der um die Anerkennung und Wiedergutmachung der Misshandlungen, des Missbrauchs und der Zwangsarbeit kämpft, die Heimkinder in Kinder- und Jugendheimen der alten Bundesrepublik in den 1950er- bis 1970er-Jahren erlitten. Ihr Artikel befasst sich mit der Entstehung des Vereins und den Schwierigkeiten seiner Arbeit.

Abstract

The author is founding member of the association of former children's homes inhabitants which agitates for recognition and compensation of the maltreatment, abuse and forced labour these children suffered during the 1950s, 1960s and 1970s in the former Federal Republic of Germany. Her article describes the foundation of the association and the difficulties of it's work.

Schlüsselwörter

Heimkind – Heimerziehung – Missbrauch – Entschädigung – Rechtsempfinden – Selbsthilfe

Seit 2003 beschäftige ich mich als Betroffene mit der Geschichte ehemaliger Heimkinder. Es waren ehemalige Heimkinder, die sich 2003 in der Redaktion des Nachrichtenmagazins *Spiegel* meldeten. *Gisela Nurthen, Marion Zagermann und Gerald Hartfort* waren entsetzt, dass der irische Film „The Magdalene Sisters“ schon nach zwei Tagen Spielzeit im Kino von Paderborn abgesetzt und nicht mehr im Programm angezeigt wurde. *Gisela Nurthen* sagte in einem Gespräch mit der Redaktion: „Das ist auch unser Schicksal, wir waren in der gleichen Situation, eingesperrt hinter Gittern und versperrten Türen. Dort hat es Schläge, Demütigungen und Verletzungen jeder Art an uns gegeben. Das alles habe ich hier in Deutschland auch erlebt.“

Ein *Spiegel*-Artikel folgte. Aufgrund dieser Berichterstattung sprach ich nach über 42 Jahren mit meiner Schwester *Elke Meister* darüber. Wir waren zusammen in der gleichen Erziehungsanstalt, hatten unsere Geschichte viele Jahre verdrängt und allen Menschen in unserem sozialen Umkreis verschwiegen. Wir verdrängten die „Schmach“, damit wir leben konnten. Schon als Kinder waren wir in einem Heim untergebracht, wir spürten aus der Erfahrung

heraus, dass es besser war, nicht den Mund aufzumachen. Nach der Entlassung aus dieser Anstalt kamen wir uns vor, als hätten wir eine Straftat begangen und wären in einem Gefängnis gewesen. Wir fühlten uns immer irgendwie schuldig. Der Weg in die Normalität fiel uns schwer. Die verbalen Verletzungen der Erziehenden und die Tatsache, in sogenannten Besinnungszellen (Klabausen) eingesperrt gewesen zu sein, hatten eine ungeheure und nachhaltige Wirkung auf uns. Waren die Besinnungszellen für Tage oder sogar Wochen besetzt, wurden die „Abtrünnigen“ zur Bestrafung und „Besinnung“ für Tage in den Schlafsaal oder in die sanitären Anlagen eingesperrt. Dort war es kalt, oft auch dunkel und schrecklich einsam. Die Erziehenden in den Anstalten waren katholische Nonnen aus unterschiedlichen Orden oder Diakone, die wir „Hausvater“ oder „Bruder“ nennen mussten.

Nachdem der Bericht im *Spiegel* erschienen war, trauten wir uns, über unsere Erfahrungen zu reden. Wir hatten nach so langer Zeit endlich verstanden, dass wir an unserem Heimschicksal nicht schuldig waren. Wir nahmen Kontakt mit Frau *Nurthen* auf, fuhren nach Paderborn, tauschten unsere Heimerfahrungen aus und vernetzten uns. Der Bericht von *Peter Wensierski* öffnete nicht nur meiner Schwester und mir die Augen. Es waren zirka 500 Leserbriefe, die in der Redaktion eingingen. Bei einem Besuch in der Redaktion in Berlin las uns Herr *Wensierski* einige erschütternde Briefe vor und wir bekamen einen Eindruck von den unglaublichen Erlebnissen der Autorinnen und Autoren. Wir waren erschüttert über die Anzahl der Einsendungen. In diesen Geschichten fanden wir uns wieder. Einige Leser und Leserinnen berichteten über ihr Heimschicksal, das auch unser Schicksal war und ist. Bis heute bleiben viele im Verborgenen und wollen ihre Geschichte weiter verschweigen. Verdrängung hatte auch uns geholfen, unseren Alltag nach der Heimerziehung zu ertragen.

Es waren viele Betroffene, die dieses Heimleben ertragen mussten und erstmals mit uns darüber sprechen konnten. Aus ganz Deutschland und aus dem benachbarten Ausland, aber auch aus den USA und Australien meldeten sich ehemalige Heimkinder. Wir vernetzten uns weltweit und trafen immer mehr Ehemalige. Wir verstanden uns, wenn wir über unsere Heimzeit sprachen. Viele Betroffene weinten, wenn sie das erste Mal mit uns darüber redeten. Nach einiger Zeit überlegten wir, was wir mit unseren Erlebnissen und Erinnerungen anfangen sollten. Eine Interessengemeinschaft ehemaliger Heimkinder entstand. Schnell zeichnete sich, getra-

gen von unerhörtem Enthusiasmus, das große Bedürfnis der Betroffenen ab, die Heimeschichten aus den Erziehungsanstalten in der Bundesrepublik Deutschland der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre an die Öffentlichkeit zu bringen. Einige von uns kontaktierten Journalisten und Journalistinnen und Fernsehsender wurden auf uns aufmerksam.

Es gelang uns 2005 in Kassel, den Verein ehemaliger Heimkinder e.V. zu gründen. Mit großem Engagement bemühten sich die Gründungsmitglieder darum, weitere Betroffene für den neuen Verein zu gewinnen. Schon in den ersten Wochen nach der Gründung des Vereins konnten zirka 25 neue Mitglieder aufgenommen werden. Bei meiner Schwester *Elke* und mir meldeten sich Hunderte ehemaliger Heimkinder. Wir waren überwältigt von dem, was da auf uns zukam. Die ersten Versammlungen des Vereins fanden in Kassel statt. Die Presse und Vertreter der ehemaligen Heime fanden sich ein. Alles war neu für uns, man hörte uns zu. Kirchen und Verbände meldeten sich zu Wort, es wurde heruntergespielt und einige Nonnen sprachen von „einer Welle“, die da aufkomme aber schnell wieder vorübergehe. Es meldeten sich viele Betroffene, die von unbezahlter Arbeit im Heim berichteten, von Schlägen der Erziehenden, und einige erzählten auch von sexuellen Übergriffen.

Peter Wensierski recherchierte weiter, denn er war auf eine Nachkriegsgeschichte von unglaublichem Ausmaß gestoßen. Zirka 500 000 bis 800 000 Jugendliche wurden zwischen 1945 und 1975 wegen drohender Verwahrlosung durch die „Erziehungs Höllen“ der geschlossenen Heime geschleust. Von den Jugendämtern an die zuständigen Amtsgerichte weitergereicht, wurden von den Amtsrichtern Beschlüsse gefasst, die Jugendlichen in den Erziehungsanstalten unterzubringen. Der Grund für diese Zwangsmaßnahmen konnte bereits ein „lockerer“ Lebenswandel sein. Zur damaligen Zeit wurde dieser oft schon darin gesehen, wenn jemand einen Petticoat oder Blue Jeans – das heißt auffällige Kleidung – trug oder ein Rock’n’Roller war, also zum Beispiel für *Elvis* mit seinem frechen Hüftschwung schwärzte und dessen Musik lautstark hörte. Wenn ein Mädchen stark geschminkt war, fühlte sich die prüde Gesellschaft aufgeschreckt und es wurde „unsittliches“ Verhalten vermutet. Bei Arbeitsbummelei wurde das Jugendamt aufmerksam und auf dieses Fehlverhalten folgte die Einweisung in die geschlossene Erziehungsanstalt.

Während die freiwillige Erziehungshilfe von den Vorgesetzten oder den Eltern der Jugendlichen angeord-

DZI-Kolumne

Orientierungshilfen

Verantwortliche und Einrichtungen, denen schutzbedürftige Kinder und Jugendliche anvertraut waren, haben dieses Vertrauen missbraucht und eine schreckliche Last geschaffen, der wir uns in vielen Fällen erst jetzt bewusst werden.

Hier liegt ein Teil des Problems. Nicht wenige argumentieren etwa in der Debatte um Misshandlung von Heimkindern damit, dass der heute kritisierte Umgang mit Kindern und Jugendlichen zur damaligen Zeit „normal“ gewesen sei. In gewisser Hinsicht stimmt das: Auch in Schulen und Familien wurden Kinder geschlagen und Erziehungsmethoden ausgesetzt, die heute geächtet sind. Gesellschaftliche Maßstäbe ändern sich und wir sollten darauf achten, genau hinzusehen, welcher Verfehlungen wir uns hier und heute schuldig machen, deretwegen in 20 oder 30 Jahren möglicherweise über uns geurteilt wird.

Zur Orientierung sollten uns dabei moralische Maßstäbe dienen, die seit Jahrhunderten und Jahrtausenden wohl bekannt sind und sich im Unterschied zu gesellschaftlichen Konventionen nicht schnelllebig ändern. Alle Weltreligionen und zentrale weltliche Ideologien und philosophische Schulen haben ihre gemeinsamen Nenner: Achtung vor der Würde des Menschen und der Natur, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Nächstenliebe, Demut, Reue und Bereitschaft zur Umkehr. Die heute so kritisierten Kirchen haben in unserem Kulturraum über Jahrhunderte diese Werte verbreitet – in ihren schwarzen Zeiten aber auch verraten und verkauft.

Wie sehr diese Institutionen auch heute noch die Kraft haben, diese Werte vorzuleben, zeigen gerade die Wendepunkte jüngster Krisen: Die klarsichtige Offenlegung der Missbrauchsfälle durch den Rektor den Canisius-Kollegs Pater *Klaus Mertes* wird in der historischen Rückschau möglicherweise als wegweisende Umkehr verstanden werden. Und der konsequente Rücktritt der Bischöfin und Ratsvorsitzenden *Margot Käßmann* ist wohl auf Jahre Maßstab für andere, auch nicht-kirchliche Verantwortsträger.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

net wurde, hatte die amtlich angeordnete Fürsorgeerziehung zur damaligen Zeit die gleiche Auswirkung wie ein gerichtlicher Beschluss. Sie bedeutete die Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt, um die drohende Verwahrlosung abzuwenden. Für die untergebrachten Kinder ergab sich hieraus kein Unterschied. Kinder, die schon als Säuglinge, als Waisen oder nicht gewollte Kinder in den Heimen untergebracht waren, wurden im Alter von 14 Jahren in die Erziehungsanstalten überwiesen. Für ein Kinderheim waren sie nun zu alt, man wusste nicht, wo man die Heranwachsenden unterbringen konnte: von der Gesellschaft weggeschafft in das nächste Heim. Nach Meinung der Erziehenden und Behörden waren sie für die Selbstständigkeit nicht reif. Als Arbeitskräfte in den Kinderheimen missbraucht, erreichten diese Kinder nur unzureichende schulische Leistungen und wurden gerne an landwirtschaftliche Betriebe in der näheren Umgebung vermittelt. Die Entwicklung der Jugendlichen zur Eigeninitiative hatte auch in der neuen Lebenssituation keinen Platz. Als „Ware Arbeitskraft“ standen die Jugendlichen aus den Erziehungsanstalten bei den Bauern hoch im Kurs. Sie wurden weiter ausgenutzt. Bei geringem Lohn und harter Arbeit fanden die unmenschlichen und unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen dort ihre Fortsetzung.

Die Volljährigkeit erlangten die Betroffenen erst mit dem 21. Lebensjahr und waren bis zu dieser Zeit in der „Obhut“ der Anstaltsleitung oder ihrer gesetzlichen Vertreter. Die Volljährigkeit ab dem 18. Lebensjahr wurde im März 1974 gesetzlich eingeführt. Dass so mancher Jugendlicher die Welt „da draußen“ nicht kannte und mit dem Leben nach der Entlassung nicht zurechtkam, war nicht selten. Das Ausmaß der Erziehungsmethoden hinterließ bei vielen ehemaligen Heimkindern deutliche Spuren. Die entlassenen Jungen und Mädchen standen am Tag X oft nur mit einem Persilkarton auf der Straße und suchten verzweifelt nach einer Bleibe. Die Schläge, die seelischen und verbalen Verletzungen noch im Ohr, waren sie hilflos der neuen Welt ausgeliefert; was nun? Die Zeit in den gefängnisähnlichen Heimen zu verschweigen war die einzige Möglichkeit. Die Eingliederung als funktionierendes Mitglied in die Gesellschaft schafften nicht alle Heimkinder.

Mit Erscheinen des Buchs „Schläge im Namen des Herrn“ von *Peter Wensierski* war die Zeit unseres Schweigens endgültig vorbei. Bei der Buchvorstellung 2006 in Leipzig lernten wir Professor *Dr. Manfred Kappeler* kennen. Herr *Kappeler* steht den ehemaligen Heimkindern mit Rat zur Seite, seine 50-jährige Erfahrung in der Erziehungshilfe ist ein

wichtiger Bestandteil unserer Aufarbeitung geworden. Mit seinen Berichten und Vorträgen macht er auf die ehemaligen Missstände der Heimerziehung aufmerksam. Er kontaktierte ehemalige Kollegen und organisierte Lesungen in Fachhochschulen. *Peter Wensierski* las aus seinem Buch und wir Ehemaligen berichteten unsere Erfahrungen aus der Zeit in der Erziehungsanstalt. Die angehenden Pädagoginnen und Pädagogen hörten uns mit großem Interesse aufmerksam und mit Entsetzen zu. Im Jahr 2006 formulierten wir unsere Zielsetzungen. Die Betroffenen fingen an, ihre Erfahrungsberichte über die Institutionen, die Gewalt und die strenge Erziehung in den Anstalten aufzuschreiben. Die Berichte wurden von den Institutionen als Einzelfälle abgetan. Das hat uns beleidigt und wir waren empört. Jetzt wollten wir für uns kämpfen. Wir wollen unser Recht und wir wollen unsere Würde zurück. Zudem reichten wir eine Petition mit diesen Zielsetzungen beim Deutschen Bundestag ein.

Wir fordern:

- ▲ die Anerkennung betroffener ehemaliger Heimkinder als Opfer von Menschenrechtsverletzungen und die Regelung berechtigter Ansprüche, die sich daraus ergeben;
- ▲ die Ächtung der menschenverachtenden Erziehungspraxis in Heimen während der Zeit von 1945 bis 1975;
- ▲ die Klärung der Frage fehlender Rentenanwartschaften bezüglich erzwungener unbezahlter Arbeit, für die keine Sozialversicherungsbeiträge entrichtet wurden;
- ▲ die Erklärung, dass die in den Heimen verlangte und geleistete Kinderarbeit Unrecht war;
- ▲ die Gewährleistung der Finanzierung von Langzeittherapien der Traumata, an welchen viele der Betroffenen noch heute leiden;
- ▲ die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses unruhmlichen Kapitels in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik;
- ▲ die Berücksichtigung auch der ehemaligen Heimkinder in der ehemaligen DDR bei der Klärung aller dieser Fragestellungen;
- ▲ eine öffentliche Anhörung betroffener ehemaliger Heimkinder vor dem Deutschen Bundestag;
- ▲ eine Ausstellung über die Lebenssituation ehemaliger Heimkinder in den Heimen in der Zeit von 1945 bis 1975 unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituation nach dem Heimaufenthalt;
- ▲ die Anerkennung der moralischen Schuld des Staates an den Vorfällen in den Heimen während der besagten Zeit, die sich aus der Einweisungspraxis der Jugendämter und der mangelnden Heimaufsicht ergibt;

▲ die Schaffung einer unabhängigen Heimaufsicht für alle heute existierenden Heimformen (auch der Altenpflegeeinrichtungen), um zu gewährleisten, dass vergleichbares Unrecht, wie wir es erfahren mussten, in Deutschland in Gegenwart und Zukunft nicht mehr geschehen kann.

Es muss in Deutschland endlich ein Rechtsbewusstsein darüber entstehen, dass die Menschenrechte uneingeschränkt für alle Menschen, also auch für Kinder gelten! Es muss in Deutschland endlich ein Unrechtsbewusstsein darüber entstehen, dass die Verletzung der Menschenrechte ein Verbrechen und die Verletzung der Menschenrechte von Kindern ein Verbrechen an der Menschheit ist!

Dieser Weg ist steinig und schwer!

Hans Bahr

Zusammenfassung

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, wie es nach den Beschlüssen des Petitionsausschusses und des Bundestages im Jahr 2008 gelang, einen Runden Tisch Heimerziehung (RTH) einzurichten und die Forderungen der Betroffenen, die von 1949 bis 1975 in der Heimerziehung geschädigt worden waren, beim RTH zu verankern, sie zu prüfen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Welche Hindernisse gab es dabei und wie steht es um den im Zwischenbericht geprägten gemeinsamen Konsens?

Abstract

The Text thematizes the question how the “round table on education in children’s homes” was installed after the resolutions of the committee on appeals and the Deutsche Bundestag in 2008. How can the demands of those who were abused in children’s homes between 1949 and 1975, can be alleged, considered and brought to proposals of solution? What are the obstacles in that process and how is the consensus to be valued which is eulogized in the round table’s interim report?

Schlüsselwörter

Heimerziehung – Missbrauch – Bundestag – Entschädigung – Initiative

Der Runde Tisch Heimerziehung

Nachdem der Petitionsausschuss am 26. November 2008 einstimmig eine Empfehlung für die Einrichtung eines Runden Tisches Heimerziehung (RTH) beschlossen hatte, wurde diese Empfehlung am 4. Dezember 2008 ebenfalls einstimmig im Bundestag beschlossen und zur weiteren Veranlassung an die Bundesregierung verwiesen. Petitionsausschuss und Bundestag hatten in ihren Beschlüssen zur Einrichtung eines Runden Tisches als Organisatoren den Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. (AFET) und das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) vorgesehen. Doch kaum lagen diese Beschlüsse der Bundesregierung vor, gab es schon den ersten Eklat. Er wurde durch ein Schreiben der Bundesfamilienministerin *Ursula von der Leyen* an den Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder, *Jürgen Zöllner*, ausgelöst, weil sie darin schrieb: „Die Einrichtung eines nationalen Entschädigungsfonds wird von Bundestag und Bundesregierung nicht angestrebt.“ Damit hätte der RTH, der ja zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gebildet